

7. Demokratie-Kongress **Wie gefährdet ist die Demokratie?**

18. November 2016
in Bonn

Ergebnisse der Vorab-Umfrage unter den Teilnehmenden des Kongresses

Vorbemerkung:

Diese Umfrage erfolgte circa eine Woche vor dem Kongress (Zeitraum: 10.-14.11.2016). Sie dient dazu, bereits im Vorfeld unter den Teilnehmenden des Kongresses ein Stimmungsbild zur Thematik des Kongresses einzufangen.

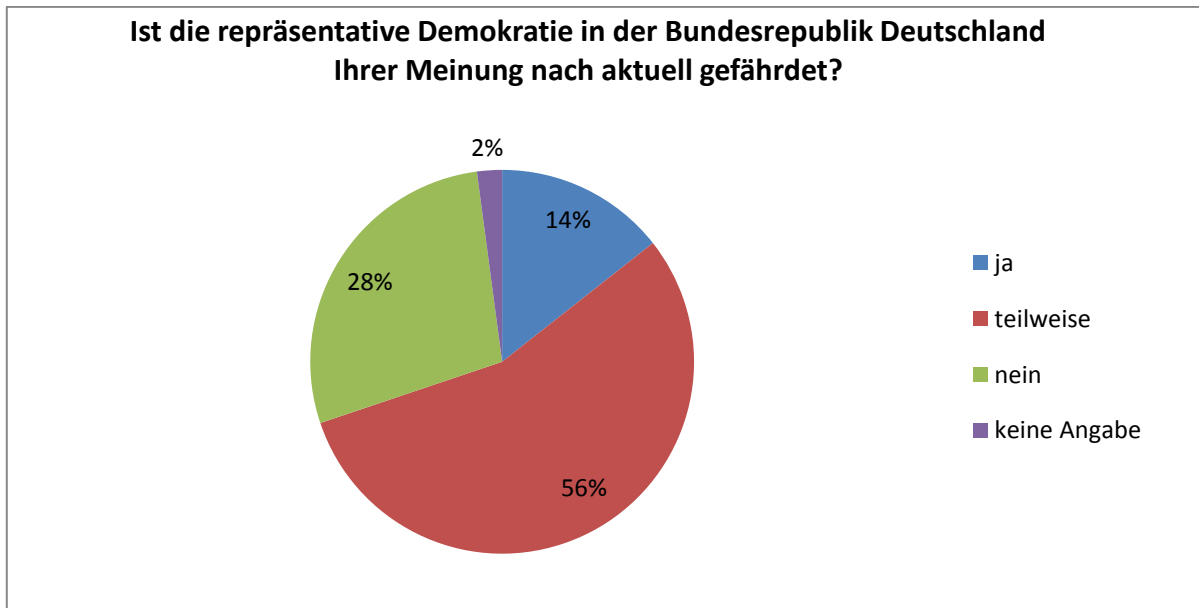
Diese Umfrage ist nicht repräsentativ, nicht gewichtet und nicht priorisiert.

Die als Freitext gegebenen Antworten werden ohne besondere Ordnung, Reihung oder Gewichtung aufgelistet. Sie werfen Schlaglichter auf unterschiedliche Aspekte und mögliche Gefährdungsarten für die repräsentative Demokratie in Deutschland, darunter insbesondere:

- Mangelnde (politische) Bildung
- Mangelnde Toleranz
- Medien und Internet
- Distanz zwischen Politikern und Bürgern
- Mangelnde Selbstreflexion der Politiker
- Desinteresse (vor allem junger Leute)
- Fehlende Diskussionskultur
- Wirtschaft
- Fehlerhaftes System
- Soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit
- Armut
- Fehlende Moral
- Kriminalität und Korruption
- Immigration
- Individualismus und Egoismus
- Globalisierung
- Populismus
- Mangelndes Engagement
- Parteien
- Volksabstimmungen
- Extremismus
- Gefährdung von außerhalb

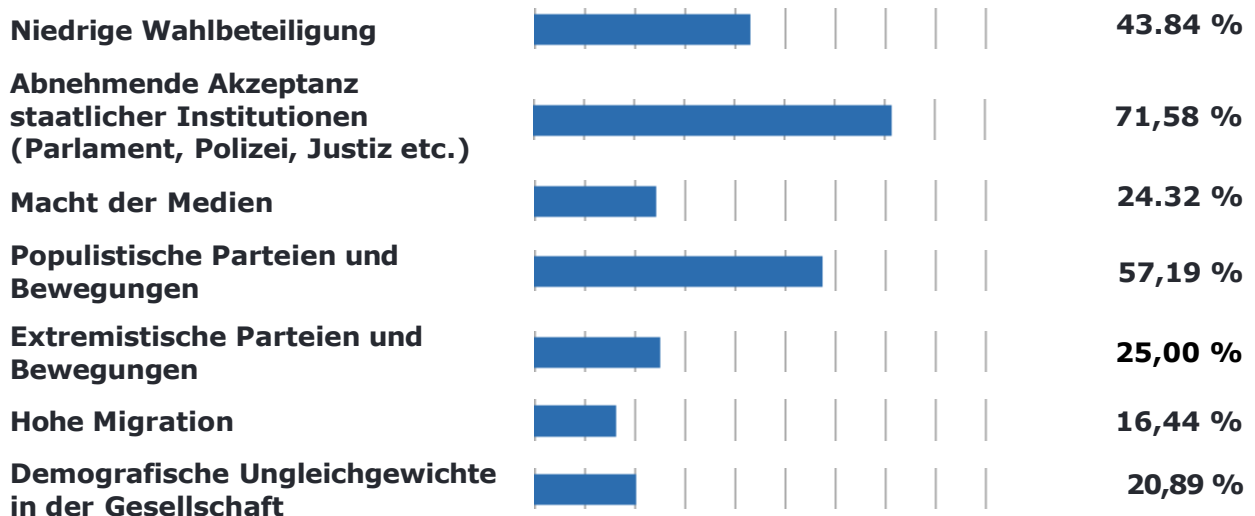
A. Auswertung der geschlossenen Fragen

1. Ist die repräsentative Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland Ihrer Meinung nach aktuell gefährdet? (eine Antwortmöglichkeit, 279 abgegebene Antworten)



2. Bitte wählen Sie aus der folgenden Liste aus, welche Gefährdungsart die repräsentative Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland am stärksten bedrohen kann.

(bis zu drei Antwortmöglichkeiten, 292 abgegebene Antworten)



B. Auswertung der offenen Frage

Zusatzfeld für eine offene Eingabe: Weitere Gefährdungen

(freie Texteingabe)

Zusätzlich bestand in der Umfrage die Möglichkeit, in einem offenen Feld zur Texteingabe weitere mögliche Gefährdungen für die repräsentative Demokratie in Deutschland zu nennen.

Im Folgenden werden die gegebenen Antworten ohne besondere Ordnung, Reihung oder Gewichtung aufgelistet.

- Fehlende politische Bildung, Bequemlichkeit (1 Nennung)
- Konsensstreben im öffentlichen Diskurs (1 Nennung)
- Trennung von Politik und lebenswelt der Bürger. (1 Nennung)
- Wachsende Unkenntnis und Dummheit (1 Nennung)
- Fehlende Diskussionskultur und -offenheit der aktuell regierenden Volksparteien (1 Nennung)
- Einflussnahme/Manipulation von Außen (Russland, ...) (1 Nennung)
- Abnahme von Geduld, Demut und Respekt vor dem Menschen. Es mangelt häufig am Willen zum Verständnis. Es braucht nicht zwangsläufig Akzeptanz oder Toleranz, doch wenigstens die Bereitschaft, sich mit gegensätzlichen Positionen auseinandersetzen zu wollen und danach zu entscheiden, wie vorzugehen ist. (1 Nennung)
- Soziale Spaltung / es entstehen zunehmend abgehängte, (politikferne) Milieus, die die Legitimation der Demokratie in Frage stellen / sich nicht vertreten fühlen (1 Nennung)
- Nur geringe Kenntnisse der Staats- und Rechtsordnung unseres Landes; abnehmende Toleranz gegenüber Andersdenkenden; Unfähigkeit, sachlich zu diskutieren. (1 Nennung)
- Parteien benutzen zu wenig INTERNET, diskutieren kaum noch öffentlich in Versammlungen, sind in Berlin zu weit weg (1 Nennung)
- Mangelnde (politische) Bildung einer breiten Gesellschaftsschicht (1 Nennung)
- Einfluss von Wirtschaft, Verbänden und Medienkonzernen auf politische Willensbildung, Information und Politiker sowie Parteien (1 Nennung)
- Social Media (1 Nennung)
- Soziale Ungleichheit, Angst vor der "postmodernen" Unübersichtlichkeit (1 Nennung)
- Gefährdung durch den Islam bzw. Islamismus. (1 Nennung)
- Noch sind die Probleme eingrenzbar. Deutschland ist nur wenige Jahre von Notstandsgesetzgebung entfernt. (1 Nennung)
- Kriminalitätsrate, Korruption, Lobbyismus, Verrohung der Gesellschaft (1 Nennung)
- Abnehmende Akzeptanz der ehemaligen Volksparteien (1 Nennung)
- Geringe politische Bildung und dementsprechend falsche Erwartungen in der Wählerschaft. Parteien ignorieren geringe Wahlbeteiligung, sehen sie als unvermeidliches Übel. (1 Nennung)
- steigende öffentliche Armut (Kommunen in der Haushaltssicherung, Personalabbau im öffentlichen Dienst) mangelnde Prävention im Hinblick auf Gefährdungen junger Menschen Ausbau des Niedriglohnsektors steigende Armut in allen Altersgruppen strukturschwache Gebiete ohne Perspektive für Menschen die dort leben Glaubwürdigkeitsverlust von Politikern und Politikerinnen der Parteien eine Sparpolitik zuungunsten der Schwachen der Gesellschaft (1 Nennung)

- Vermeindliche "Vorteile" der direkten Demokratie, d.h. Forderungen nach Volkstentscheide auch auf Bundesebene (z.B. CSU) (1 Nennung)
- mangelnde Bereitschaft sich in Verbänden und Parteien zu engagieren (1 Nennung)
- "Soziale" Medien mit faktenfreien Behauptungen und destruktiven Vorstellungen. Die Ausbildung ziemlich einheitlicher Meinungen in den öffentlichrechtlichen Medien. Das erkennbare Verhindern öffentlicher Debatten über dem Mainstream widersprechenden Meinungsbeiträgen durch Repräsentanten der politischen Institutionen. (1 Nennung)
- Oberflächliche Information und Unverständnis zu staatlichen Handlungszwängen (1 Nennung)
- Die zu große Individualisierung in unserer Gesellschaft mit einem Abnehmen des Verantwortungsgefühls für die Gemeinschaft. Der Begriff "Staat und Gesellschaft" ist absolut irreführend; WIR, die Individuen, sind die Gesellschaft, die sich in demokratischen Strukturen staatliche Funktionalitäten schafft, durch die unser heutiges Leben möglich ist. (1 Nennung)
- Eliten-Problem (1 Nennung)
- mangelnde (politische) Bildung (1 Nennung)
- Mangelnde Reformbereitschaft etablierter Institutionen (1 Nennung)
- Die mangelnde Bereitschaft der Führungskräfte der Parteien, die Sorgen der Bürger ernst zu nehmen. Wenn die Führung nahezu aller Parteien an dem vorbei regiert, was die Bürger wirklich belastet, dann gefährdet dies das System. 2. Faktisch funktioniert die Kontrolle der Regierung durch das parlament in den Augen der Bürger nur schlecht, da die Mehrheit des Parlaments die Regierung gewählt hat, sie daher auf Biegen und Brechen stützen will. Die Wähler empfinden die Abgeordneten immer weniger als ihre Interessenvertreter, immer weniger als "unsere" Abgeordnete, sondern immer mehr als ein Teil von "denen da oben". (1 Nennung)
- Zügellosigkeit in den Sozialen Medien (1 Nennung)
- zunehmender politischer Verdruss, v.a. in der Jugend (1Nennung)
- mangelndes Politikinteresse einer (gebildeten, aber nicht zwingend akademischen) Bevölkerungsmehrheit, Schweigen von Mehrheiten (1 Nennung)
- digitale "Scheinposts, Blogs, likes ...", teilweise gekauft bzw. auf Bestellung (1 Nennung)
- Bildung neuer Feindbilder in der Gesellschaft (1 Nennung)
- auch wenn aktuell nicht gefährdet, gibt es ein Bedrohungspotenzial, wenn wir nicht massiv durch politische Bildung die Bedeutung des Themas Demokratie und Partizipation hoch halten. Die größer gewordene soziale Ungleichheit ist die größte Bedrohung. (1 Nennung)
- zu wenig Investitionen in politische Bildung junger Menschen - zu wenig Beteiligungsgesellschaft - mediale Attacken gegen unsere Demokratie statt Vermittlung der allgemeinen Beteiligungsnotwendigkeit in unserer Demokratie (1 Nennung)
- mangelhafte politische Bildung u. a. in bildungsfernen Kreisen erwachsener Personen, die über Einstellungen und Haltungen z. B. innerhalb der Familie prägend für die eigenen Kinder wirkt / hier bedarf es intensiver Anstrengungen und der Auswahl geeigneter Mittel (Evaluation incl.), um diese Zielgruppe Erwachsener durch Ansprache zu erreichen, Werte einer demokratischen Gesellschaft neu zu vermitteln und in persönliche Haltung fort zu entwickeln (1 Nennung)
- Internationales Umfeld: EU, Brexit und USA Finanzkrise, Dragi mit 0 Zinspolitik, hohe Staatsverschuldungen (1 Nennung)
- Wenn Parteiprogramme, für die Parteien mal lange standen, keine Rolle mehr spielen, durch Wahltaktik und Zugeständnisse an vermeintlichen Zeitgeist von einigen wenigen Personen bis zur Unkenntlichkeit deformiert werden. (1 Nennung)
- Zu zaghaftes Bestehen auf der Einhaltung unseres Grundgesetzes (1 Nennung)
- Fehlende Identifikation der Menschen mit ihrem politischen System und Abnahme der

Vereitschaft sich für dieses einzusetzen. (1 Nennung)

- Die GRÖSSTE GEFÄHRDUNG durch das Völlige Versagen der "Politischen Eliten" und "Repräsentanten" seit 9/11 und speziell getriggert und fokussiert sichtbar seit September 2015 !! und zwar in Form von: Kontrollverlust, Festklammern an "Political Correctness" und Realitätsverlust mit Hybris, Ignoranz, kognitive Dissonanzen und gestörte Selbstwahrnehmung, Infantile Regression und Externalisierter Ursachenattribuierung mit "Schubladendenken", unterkomplexe Analysekompetenz, was insgesamt den THYMOS eines jeden CITOYEN hervorrufen muss. (1 Nennung)
- Allgemeines Absinken der Moral und damit auch der Verantwortungsbereitschaft. (1 Nennung)
- Soziales Missverhältnis in der politischen Beteiligung, insbesondere bei Wahlen (Wahlbeteiligung bei Reichen und Gebildeten viel höher) Oligarchisierung der Demokratie (insbesondere in den USA, aber auch in Europa) Wachsende soziale Ungleichheit, sowohl weltweit, als auch innerhalb Deutschlands/Europas Zunehmde Perspektivlosigkeit insbesondere der Landbevölkerungen in den USA und Deutschland (1 Nennung)
- Alle politischen Ideologien des Kollektivismus: Kommunismus, Sozialismus, Nationalismus und Nationalsozialismus (1 Nennung)
- Eine Inflation von Verfahren, in denen Bürger zu Sachverhalten direkt votieren sollen (- direkte Demokratie), wobei fast alle politischen Lager davor zurückschrecken, dies auch bei soheiklen Fragen wie Begrenzung der Aufnahme von Migranten ohne Arbeitsqualifikation zuzulassen. (1 Nennung)
- Fehlende Akzeptanz von Fakten. Eher negative Einschätzung und fehlende Wertschätzung von Expertenwissen. Jeder auch noch so wenig Gebildete meint, seine Meinung sagen zu müssen und hält sich für wichtig und kompetent. (1 Nennung)
- Die etablierten politischen Parteien diskutieren ihre Konflikte oftmals aus Gründen, die sich mehr an der Selbsterhaltung, aber weniger am politischen Auftrag orientieren (1 Nennung)
- Bildungsferne Bevölkerungsgruppen (1 Nennung)
- Zu wenig Einflussmöglichkeit auf die Benennung der Kandidaten für Parlamentsarbeit. Und: Mandatsträger hören zuwenig auf die Stimme und die Sorgen der "kleinen Leute". (1 Nennung)
- Der Populismus wird durch die Wahl Trumps hoffähig (1 Nennung)
- Abwertung der Andersdenkenden durch die regierende Elite, große Koalition (1 Nennung)
- Schere zwischen Arm und Reich (1 Nennung)
- Soziales Gefüge, Solidarität, hohe Staatsverschuldung, Machtmissbrauch durch Eliten, fehlendes Verantwortungsbewusstsein (1 Nennung)
- Zunehmende Kleinkriminalität und Gewaltbereitschaft (Bedrohungslage der Kommunalpolitiker, vor allem in den "neuen" Bundesländern. 2) Fehlender Nachwuchs in den politischen Parteien. (1 Nennung)
- Fehlende Ehrlichkeit der Regierungen gegenüber der Bevölkerung; Verschwendung von Steuergeldern; viele gesetzliche Regelungen werden von Bürgern, die kein juristisches Studium absolviert haben und sich anwaltliche Beratung nicht leisten wollen oder können, nicht mehr verstanden. Gleiches gilt übrigens für die immer komplizierter werden den steuerlichen Vorschriften. (1 Nennung)
- Zu wenig politische Bildung in der Schule (1 Nennung)
- Versuch/Forderung der Einführung direktdemokratischer Elemente (1 Nennung)
- Für mich sind Elemente der direkten Demokratie ein Risiko. Bisweilen scheinen sie nur ein Mittel zur Reduzierung des Volkszorns zu sein... (1 Nennung)
- populistischer Ruf nach Volksabstimmungen Im Programm der CSU (1 Nennung)
- Verhältniswahlssystem, das die Zersplitterung des Parteiensystems erst ermöglicht.

(1 Nennung)

- Postfaktische Politik *(1 Nennung)*
- Verlust einer tragbaren Politik rechts von der Mitte. *(1 Nennung)*
- Fehlende politische Bildung, zurückgehendes persönliches Engagement, Entertainment- in dem Politiker lächerlich gemacht werden, Abhängigkeiten von Politikern-beruflich und persönlich *(1 Nennung)*
- bildungsferne Bevölkerung, die den Populisten folgt und diejenigen, die sich durch diese Parteien einen Vorteil versprechen *(1 Nennung)*
- Zu rasche Veränderungen eines bisherigen Sicherheit bietenden gesellschaftlichen Konsenses. In den liberalen Großstädten mag das noch nicht aufgefallen sein, ist aber genauso vorhanden, deutlich aber bemerkbar auf dem Lande und in Kleinstädtrn. *(1 Nennung)*
- Ansehensverlust von Parlament und Regierung *(1 Nennung)*
- Überlegungen zur Stärkung der direkten Demokratie (Einführung von Volksentscheiden) *(1 Nennung)*
- Die Realitätsferne der Volksparteien und ihre Hilflosigkeit im Umgang mit der Flüchtlingskrise *(1 Nennung)*
- Extremer Einfluss von Lobbygruppen *(1 Nennung)*
- Fehler der Parteien *(1 Nennung)*
- Zunehmende Bevormundung durch (Schutz-)Gesetze *(1 Nennung)*
- Zunehmender Egoismus. Kein Soziales Einfühlungsvermögen. Gleichgültigkeit. *(1 Nennung)*
- Mangelnde Vermittlung von Werten, Zusammenhängen und Inhalten politischer Prozesse in der Gesellschaft, vor allem in Schulen. *(1 Nennung)*
- Meiner Meinung nach wird Politikern es zu einfach gemacht mit ihrer finanziellen Absicherung. Sind sie einmal Mitglied im Bundestag gewesen, bekommen sie für die Zukunft m-E. Bezüge. Sie sollten- wie andere Menschen auch- wieder in einen Beruf zurückkehren, wenn sie abgewählt werden. Das wäre auch "gelebte Demokratie". *(1 Nennung)*
- zu niedrige Quoren bei Bürgerbegehren - Behörden müssen Demonstrationen bei zu erwartenden Ausschreitungen oder Straftaten aus Sicherheitsgründen ablehnen oder einschränken dürfen, ohne von Richtern daran gehindert zu werden. *(1 Nennung)*
- Die durch Arbeitsmarktreforemen bedingte Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, der Strukturwandel durch Globalisierung und Digitalisierung bewirken bei breiten Schichten zunehmende Angst vor sozialem Absturz und Distanz zu einem System, das aus ihrer Sicht vorwiegend einer kleinen Elite zugute kommt. *(1 Nennung)*
- Hilflöse Anbieterungsgesten der Parteien an vermeintliche populäre/populistische Stimmungen (Selbstaufgabe) *(1 Nennung)*
- Soziale Ungerechtigkeit *(1 Nennung)*
- Langfristig: Chaos und Diktatur *(1 Nennung)*
- Nachahmungseffekt seit der US Wahl "wer am lautesten schreit hat Recht" auch wenn er lügt." Pampert" den Bürger nicht, er kann selber denken !!!!! Lösung: Sendet einfache Botschaften im Sinne der 10 Gebote, damit erreicht man auch nahezu alle anderen Glaubens- oder Ideologieanhängern !!! Lasst den Bürgern ihre Würde in der Entscheidung. Wenn es den Bürgern zu kompliziert erscheint, sie z.B. die Sachverhalte nicht nachvollziehen können, entscheiden sie gar nicht (Nichtwähler) oder aus dem Bauch heraus (Populistenparteien) Die repräsentative Demokratie ist ein Vertrag auf Zeit zwischen Wahlbürger und Abgeordneten. Verträge die der Wahlbürger nicht versteht "unterschreibt "er nicht. *(1 Nennung)*
- Der steigende Individualismus in unser Gesellschaft. Demokratie ist ein Gut, welches wir voraussetzen, aber für das wir nichts tun, um es zu gewährleisten. *(1 Nennung)*

- Niedriges Bildungsniveau, Soziale Ungleichheit (1 Nennung)
- Lobbyismus, (1 Nennung)
- Zunehmendes gesellschaftliches Ungleichgewicht (Einkommen, Bedeutung der Bildung,) (1 Nennung)
- Eine Durchkommerzialisierung aller Lebenswelten. Und die viel zu knappe Zeit viel zu vieler Menschen, die heute mindestens eine 40 Std-Woche haben bei langen Arbeitswegen. Beispielsweise Menschen im Schichtdienst, nicht nur Krankenhäuser, Pflegedienste und Polizei, auch im Handel sind mittlerweile Arbeitszeiten von 7 bis 24 Uhr von Montag bis Samstag keine Seltenheit mehr, dazu die Sonntagsarbeit. Außerdem können sich Menschen, die beispielsweise als Reinigungskräfte im Niedriglohnsektor ab 5 Uhr morgens arbeiten, kaum noch an der politischen Meinungsbildung beteiligen, weil sie so viel arbeiten müssen, dass sie sich kaum in Parteien oder auch Gewerkschaften oder anderen Vereinen einbringen können. So werden Menschen "abgehängt", die harte körperliche Arbeit machen und wenig damit verdienen. (1 Nennung)
- Mangelnde Bildung, fehlende soziale Verantwortung (1 Nennung)
- Gute Leute beteiligen sich zu wenig bei der Regierung des Staates und gehen lieber in die Wirtschaft. (1 Nennung)
- Mangelndes aktives politisches Engagement und mangelnde politische und geistigkulturelle Bildung (1 Nennung)
- in erster Linie die viel zu vielen schlechten Beispiel von Politikern in verantwortlichen Stellen im Bund, Land, Stadt usw. Wenn ich als verantwortlicher Unternehmer für 175 Arbeitsplätze ein solches Verhalten vorleben würde, wäre ich nach kaufm. Spielregeln, wegen der Flucht guter Mitarbeiterinnen pleite. Wenn ich so verschuldet wäre wie zu viele Kommunen, Länder und Bund, müsste ich Insolvenz anmelden, um dem Gefängnis wegen Konkurs-Verschleppung zu entgehen. (1 Nennung)
- Die Glaubwürdigkeit der politischen Akteure (Parteien, Personen, Authentizität) (1 Nennung)
- Durch stetige Reduzierung aller staatsbürgerlichen Unterrichtungen in den Bildungsstätten aller Ebenen, einschließlich der Aussetzung der Wehrpflicht gepaart mit dem ungezügelt und unkontrollierbaren Einfluss der sogenannten "Sozialen Netzwerke" werden Grundverständnisse des Werterahmens unseres Grundgesetzes eingerissen. Dies manifestiert im höchsten Maße die Gefahr für die Demokratie und höhlt sie von innen aus. (1 Nennung)
- Es geht um die REPRÄSENTATIVE Demokratie, sie ist eher gefährdet durch Bestrebungen in der Politik, sie durch Volksbefragungen, Volksentscheide zu durchlöchern!! Aktueller Populismus allenthalben demonstriert die Gefährdung. (1 Nennung)
- Auswirkungen der Globalisierung (1 Nennung)
- Mangelnde Kampfbereitschaft der liberalen Demokraten; hybrider Krieg Russlands gegen die westlichen Demokratien; autoritäres Abgleiten Osteuropas (Polen, Ungarn); Uneinigkeit der EU (1 Nennung)
- Weite Teile der Wählerschaft fühlen sich eben gerade nicht "repräsentiert". Es geht nicht so sehr um die "Macht der Medien", sondern um eine veränderte Nachrichtenkultur, die einer immer komplexer werdenden Welt gerade nicht genügt. Bildung in einer heterogenen Gesellschaft. Rechtsstaat in einer heterogenen Gesellschaft. (1 Nennung)
- Ihre Frage bezieht sich m. E. nur auf eine ja/nein Entscheidung. Das Vertrauen der Bürger in die repräsentativen Entscheidungsträger nimmt immer mehr ab. Die Trump-Wahl zeigt ein solches Ergebnis. Die Politik nimmt den Bürger in ihrer Entscheidungsfindung nur obrigkeitstaatlich mit Komplexen, das Gemeinwohl betreffend Entscheidungen als alternativlos zu erklären, führt auch beim so genannten "aufgeklärten Bürger" zu kopfschütten. Die Demokratie ist nicht gefährdet oder am Ende, wenn wir beginnen zu begreifen, dass der Souverän, "der Bürger", sich von den repräsentativen Demokratie für ernstgenommen fühlt. Erfolge populistischer Strömungen basieren in der Regel auf solchen demokratischen Fehlentwicklungen Parteien, wie die AfD, sind Ergebnis ei-

ner solchen Ignoranz. Die "Flüchtlingskrise" verstärkte letztlich das Empfinden in den Bevölkerungsgruppen. Dies meine Antwort zu Ihrer Anfrage. Eine statistische Aussage zur Ihrer Anfrage fällt mir schwer. Insgesamt sehe ich die demokratische Entwicklung in der BRD wie auch in Europa für krisisch, (1 Nennung)

- Das Modell "Demokratie" verliert weltweit dramatisch an Attraktivität. Die Menschen/insbesondere die jüngeren Generationen in unserem Land sehen gleichzeitig täglich die (erheblichen) Defizite unseres Gesellschaftsmodells. Was sie verlieren würden, wenn wir es nicht mehr hätten, sehen/verstehen sie weniger. Es fehlt in der breiten Gesellschaft ein überzeugende (neue!) Begründung/Bewegung für die Demokratie. (1 Nennung)
- fehlendes Einwanderungsprogramm für Migranten (1 Nennung)
- zu starke Orientierung auf Wirtschaftsinteressen bei gleichzeitiger Vernachlässigung des sozialen Ausgleichs (1 Nennung)
- Das Nichtvermögen des politischen Establishment, die Sorgen und Ängste bestimmter Bevölkerungsgruppen ernst zu nehmen und mit entsprechender Politik zu begegnen. So wächst die allgemeine Verdrossenheit gegenüber den etablierten Parteien weiter und somit die Chance, mit populistischen Parolen Stimmung zu machen. Hoher Anteil an Migranten in einzelnen Orten (Stadtteilen), die die Akzeptanz und die Integration in die Gesellschaft erschweren. (1 Nennung)
- zwischenmenschliche Umgangsformen, Kommunikations- und Sprachkultur scheinen sich zu radikalieren, (1 Nennung)
- Wenn bestimmte Themen einfach nicht von den Parteien aufgenommen werden und darüber nicht geredet werden darf (z.B. Flüchtlinge auch als Problem) (1 Nennung)
- niedrige Moral in der Realpolitik (1 Nennung)
- Eingeschränkte Meinungsfreiheit durch Tabuisierung von ungewünschten Meinungen, keine offenen Dispute möglich, Fortlaufende Vertrags- und Gesetzesbrüche (Maastricht-Vertrag, Dublin, Schengen, Bonn-Berlin-Gesetz etc.) durch politische Akteure, (1 Nennung)
- Gesellschaft 4.0 (d.h. selbstreferentiell, abgeschottet von Res Demokratie 4.0 (d.h. Selbstreferentiell, abgeschottet, gegen Fakten und Realität immun, Lügen werden geglaubt siehe AFD aber auch aktuell Trump Wählerinnen (1 Nennung)
- fehlende Einforderung einer aktiven Verteidigung der demokratischen Werte (öffentlicher Dienst, Beamtenschaft) Vernachlässigung des staatliche Gewaltmonopols (1 Nennung)
- machtgierige politiker, zu wenig austausch zwischen wirtschaft und politik, kaum wiederwahlbegrenzungen, nur noch berufspolitiker, die nie im richtigen wettbewerb gearbeitet haben und keine alternative zur politik haben - und sich deshalb selbst opportunistisch verhalten, zu hohe staatsquote, kaum direkte demokratie (1 Nennung)
- -wenig Interesse junger Leute an Politik (1 Nennung)
- "Meinungs-Egoismus", mangelnder Respekt vor Mitmenschen, medialer "Verschleiß" politischer Themen, Verschiebung parlamentarischer Diskussionen in Talkrunden etc., extreme Verkürzung von Aussagen ("Schlagwort"-Journalismus), mangelnde Bereitschaft zu herausfordernden Disputen, oft fehlendes Rückgrat bei Abstimmungen ("Gewissensentscheidungen") (1 Nennung)
- Internetkultur (1 Nennung)
- (merkwürdige Auswahlliste - stattdessen:) o die mangelhafte Selbstreflexion der politischen Eliten, o das manipulative Gebaren der Mainstream-Medien, o die Arroganz der Regierungen, sich und ausgewählte Gruppen aus der Verbindlichkeit der nationalen und supranationalen Rechtsordnung herauszunehmen; (die abnehmende Akzeptanz staatlicher Institutionen ist Folge, nicht Ursache des Niedergangs der repräsentativen Demokratie; zu ihrer Rettung bedarf sie dringend der Ergänzung durch direktdemokratische Elemente) (1 Nennung)

C. Versendeter Fragebogen

1.

Ist die repräsentative Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland Ihrer Meinung nach aktuell gefährdet? (eine Antwortmöglichkeit)

- Ja
 - Nein
 - Teilweise
 - Keine Angabe
-

2.

Bitte wählen Sie aus der folgenden Liste aus, welche Gefährdungsart die repräsentative Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland am stärksten bedrohen kann. (bis zu drei Antwortmöglichkeiten)

- Niedrige Wahlbeteiligung
 - Abnehmende Akzeptanz staatlicher Institutionen (Parlament, Polizei, Justiz, etc.)
 - Macht der Medien
 - Populistische Parteien und Bewegungen
 - Extremistische Parteien und Bewegungen
 - Hohe Migration
 - Demografische Ungleichgewichte in der Gesellschaft
-

Weitere Gefährdungen: Eingabe Freitext

Rahmendaten der Umfrage

Befragungszeitraum: 10. bis 14. November 2016

Zielgruppe: Angemeldete Teilnehmende des 7. Demokratiekongresses der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Anzahl der versendeten Fragebögen: 656

Anzahl der ausgewerteten Fragebögen: 292



**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Politische Bildung**

Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

www.kas.de/demokratiekongress2016

Veranstaltungsort:

Früherer neuer Plenarsaal des Deutschen Bundestages
World Conference Center Bonn
Platz der Vereinten Nationen 2
53113 Bonn

Das Programm sowie eine Nachberichterstattung zum 7. Demokratie-Kongress finden Sie unter

www.kas.de/demokratiekongress2016

Den facebook-Auftritt des 7. Demokratie-Kongresses finden Sie unter

www.facebook.com/demokratiekongress
Hashtag: #kasdk16

November 2016

